

Moment mal

Die Erinnerung als die Quelle unserer Zuversicht

Liebe Leserin und lieber Leser, schon ist die erste Hälfte des Jahres vorbei. Vor uns steht die – eher grössere oder kleinere – Sommerpause. Darf ich Sie bitten, eine bewusste Pause einzulegen und dieses «Moment – mal» etwas länger zu gestalten? Die nächsten Tage geben uns die Möglichkeit, einen Blick in unsere Vergangenheit zu werfen und über das erste halbe Jahr zu reflektieren. Schauen wir nun mithilfe einiger Fragen etwas zurück. Wie fühlen Sie sich jetzt, nach sechs Monaten im Jahr 2024? Welche Höhepunkte haben Sie gefeiert? Welche Niederlagen haben Sie eingesteckt? Hier gibt es keine richtigen oder falschen Antworten; entscheidend sind Ihre eigenen Gedanken. Was haben Sie herausgefunden? Sticht etwas Wesentliches oder Wichtiges heraus?

sem Grund schlage ich Folgendes vor: Lassen sie uns mutig nach vorne schauen und uns auf das nächste halbe Jahr einlassen. Für die Theologin Mary Shawn Copeland – in ihrem Buch «Knowing Christ Crucified» – ist das Wagnis der Erinnerung eine der zentralen Quellen für unser (ethisches) Handeln. Durch die Erinnerung überwinden wir das Vergessen der Vergangenheit, können Verantwortung für die Gegenwart übernehmen und dem-

«Hier gibt es keine richtigen oder falschen Antworten; entscheidend sind Ihre eigenen Gedanken.»

«Durch die Erinnerung können wir Verantwortung für die Gegenwart übernehmen und dementsprechend unsere Zukunft gestalten.»

entsprechend unsere Zukunft gestalten. Der christliche Glaube versichert zudem, dass wir darin nicht alleine sind. In all unserem Tun trägt und hält uns die uneingeschränkte Liebe Gottes, die sich in seinem Sohn Jesus Christus offenbart.

Nun spiele ich Ihnen den Ball zu und entlasse Sie in die Sommerpause mit folgenden Fragen: Aus den Impulsen Ihrer Selbstreflexion und meinem Denkanstoss, gibt es etwas Bestimmtes, das Sie tun oder lassen sollen? Ist die Zeit reif, Verlorenes wieder aufzunehmen?

Vielleicht geht es Ihnen wie mir. Bei dieser kurzen Selbstreflexion erinnern Sie sich an mehrere Ereignisse, die in sich verschiedene Emotionen beinhalten: Dankbarkeit für all die Erfolge, Freude für all die schönen Momente, Enttäuschung über all die Niederlagen und Schiffbrüche, die Sie – wie auch immer deren Ursprung ausgesehen hat – erlitten haben, oder die schlichte Ernüchterung darüber, dass in Ihrem Leben wiederholt Schwierigkeiten auftauchen, ohne die Möglichkeit, sie jemals adäquat lösen zu können. Unabhängig davon, was alles geschehen ist, üben wir keinen Einfluss mehr auf unsere Vergangenheit aus, und wir können die Geschichte nicht mehr ändern. Aus die-



Désiré Kwamy Moussa Ngwene

Désiré Kwamy Moussa Ngwene ist Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Dogmatik und Theologie der Ökumene an der theologischen Fakultät der Universität in Freiburg.

«Spezielle» Ansichten zum Krieg

Ein Leserbrief zur Gastkolumne «Mittendrins», FN vom 18. Juni

Mit grossem Ärger nehme ich wiederholt zur Kenntnis, dass uns Beat Brühlhart mit seinen «speziellen» Ansichten zum Krieg in der Ukraine und den Begleiterscheinungen bereichern darf und dazu die Gastkolumne in den FN missbraucht. Mich würde sehr interessieren, was einen Unternehmensberater dazu berechtigt (von der Befähigung ganz abgesehen), eine breite Leserschaft mit solch einseitigen und unfundierten Ergüs-

sen («selenskische Handschrift» usw.) zur Weltpolitik zu bombardieren (passend zum Thema). Eine Mitgliedschaft im Gewerbeverband Sense reicht als Qualifikation ja wohl kaum aus! Mit ist bewusst, dass die Gastkolumne bewusst redaktionelle Freiheiten lässt, aber es muss Grenzen geben. Solche Meinungen gehören nicht in eine Zeitung, sondern in den Müll.

Adrian Gross, Freiburg

Ausserdem...

von Marc Reidy



Murten, 17. April 2024: Rent a Bike Murten

Hohe Franchise lohnt sich nicht für alle

Ein Leserbrief zum Artikel «Rauf mit der Franchise», FN vom 13. Juni

Beim Anblick des Fotos im Artikel fand ich das Lachen dieser Politiker sympathisch und freundlich und hoffte, einmal et- was Positives lesen zu können.

Beim Durchlesen des Textes dann eine Überraschung. Der Vorschlag, die Franchise zu erhöhen, ist für junge und gesunde Menschen sicher eine Möglichkeit, Einsparungen zu machen – dies, solange sie gesund bleiben und bereit sind, das Risiko auf sich zu nehmen und finanziell abgesichert sind. Trotzdem muss dieser Entscheid sorgfältig überlegt werden, denn auch eine junge Person kann unverhofft krank werden.

Für Menschen, die bedingt durch das Alter gesundheitlich angeschlagen sind, häufig auf eine ärztliche Betreuung ange-

wiesen und finanziell nicht auf Rosen gebettet sind, ist dieser Vorschlag keine brauchbare Lösung. Recht viele Haushalte leben am Existenzminimum, haben vielleicht kleine Spareinlagen, um ihre Beerdigungskosten und die Kosten für die Auflösung ihres Haushaltes zu decken, und mehr nicht. In diesem Fall wird eine grosse Franchise zum Problem.

Für gesundheitlich angeschlagene Personen ist der Nachteil, dass sie umgehend die Franchise, welche sie gewählt haben, auf einmal bezahlen müssen. Je nachdem, wie hoch die Ausgaben für die eigene Gesundheit sind, lohnt es sich nicht, eine hohe Franchise zu haben. Die einzigen, die von einer hohen Franchise profitieren, sind die Gesunden, solange sie gesund und risikofreudig sind.

Wie bereits oben erwähnt,

liegt das Problem bei der Liquidität der Finanzen. Bei unseren Regierungsmitgliedern und der Oberschicht ist das Problem wohl nicht vorhanden, ansonsten würde sie nicht solche Vorschläge anpreisen. Im Vergleich zu den moderaten Einkommen der Mittelschicht beziehen sie das Vielfache aus ihrer politischen Tätigkeit, zusätzlich noch zigtausend Franken Einkommen aus anderen Quellen.

Die einzige Möglichkeit, die Gesundheitskosten zu senken, kennen unsere Politiker genau, aber sie scheuen sich, ihren Kollegen oder Lobbys auf die Füsse zu treten. Für das sind die Bürger und Steuerzahler da.

Raphael Hermann, Freiburg

Projekt sollte gestoppt werden

Ein Leserbrief zur Verbindungsstrasse Marly–Matran

Dieses Megaprojekt verursacht bereits enorme Kosten, obwohl es noch nicht einmal begonnen hat. Allein für eine neue Verkehrs- und Umweltverträglichkeitsstudie sind zusätzliche 3,45 Millionen Franken veranschlagt. Hinzu kommen sieben Millionen für die erste Studie – eine enorme finanzielle Belastung für die Bürger, gerade in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten, Inflation und hoher Strompreise.

Darüber hinaus ist klar, dass die Gesamtkosten für dieses Mammutprojekt (zwei grosse Brücken) mit Sicherheit über 200 Millionen Franken betragen werden – weit über den ur-

sprünglichen Prognosen. Angesichts dieser kolossalen Summe erscheint es äusserst fragwürdig, dieses Bauvorhaben weiterzuführen.

Studien zeigen, dass der sogenannte «induzierte» Verkehr bei Neubauprojekten zu zusätzlichen Belastungen für Anwohner und Umwelt führt – unabhängig von der Bevölkerungszunahme. Der Bau neuer Infrastruktur bringt Verkehrsteilnehmer dazu, ihre Mobilitätsgewohnheiten zu ändern, um die neuen Strukturen zu nutzen. Dies wird zu mehr Verkehr und Staus im Zentrum von Marly führen, was Lärmbelastung und Luftverschmutzung verschärfen wird. Auch die ganze Region Grossfreiburg wird stärker belastet. Statt-

dessen sollten kostengünstigere und umweltfreundliche Alternativen geprüft werden, wie der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der Bau von Radwegen und die Verbesserung der bestehenden Strasseninfrastruktur.

Aus Gründen der immensen Kosten und der nachhaltigen Umweltschädigung und Beeinträchtigung der Lebensqualität sollte dieses Projekt gestoppt und nach Alternativen gesucht werden, die den Bürgern und der Region tatsächlich dienen.

Isabel Ittig, Marly

In Bundesbern ist man unwillig, den Volkswillen umzusetzen

Ein Leserbrief zum Artikel «Parlament und Bundesrat sind unfähig zu sparen», FN vom 7. Juni

Trotz Gesetz: Bund verschiebt Meldepflicht für Pestizide. Seit Anfang 2024 müssten Bauern dem Bund melden, welche Pestizide sie in welchen Mengen wo einsetzen. Dazu müsste der Bund neu ein Meldesystem betreiben – ein Pestizidregister.

Das beschloss das Parlament vor drei Jahren. Nun verschob das Bundesamt für Landwirtschaft die Einführung des Meldesystems bis 2027. Begründung der Behörde: Die Landwirtschaftsbetriebe bräuchten mehr Zeit für die Umsetzung.

Dazu sagt die Behörde, das Parlament habe kein «explizites Datum» für die Einführung des Meldesystems beschlossen. Tatsache ist: Das Gesetz enthält keine Übergangsfristen. Das Amt versäumte es (!), das Meldesystem rechtzeitig aufzugleisen. Dieses wäre ein wichtiges Mittel, um den Pestizideinsatz zu reduzieren.

Bisher hat der Bund keine Informationen darüber, wer wo welche Gifte einsetzt. Leider merken Bürgerinnen und Wähler erst später, in was für einen Schlamassel sie von den gewählten Politikern geritten wurden.

Rolf Michel, Marly